

DEINE WAHL KOMMUNAL



AfD



KOMMUNALWAHLPROGRAMM 2026

Kurzfassung für Weiden - Neustadt - Tirschenreuth



**Am 8. März
AfD wählen.**



Kommunalwahlprogramm 2026

Kurzfassung

Weiden i.d.OPf., Neustadt a. d. Waldnaab, Tirschenreuth

AfD im Stadtrat, Kreistag und Gemeinderat

REALISTISCH. VERSTÄNDLICH. TRANSPARENT.

Inhaltsverzeichnis:

Präambel	4
So arbeiten wir als Opposition	4
Unsere Hauptaufgaben als Opposition.....	5
1. Finanzen und Abgaben	6
2. Stadtwerke, Energie und Wasser	8
3. Innenstadt, Leerstand und Einzelhandel	9
4. Wohnen und Wohnraummobilisierung	10
5. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit	12
6. Migration, Unterbringung und Integration	13
7. Verkehr, Parken und öffentlicher Nahverkehr	14
8. Digitalisierung und bürgerfreundliche Verwaltung	15
9. Bildung, Kindertagesstätten und Jugend.....	16
10. Kultur, Sport und ein lebendiges Zentrum	17
11. Umwelt, Stadtgrün und Hochwasserschutz	17
12. Stadtentwicklung und geordnete Baustellen	18
13. Ehrenamt, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Vereine.....	18
14. Transparenz und Beteiligung.....	18
15. Kliniken Nordoberpfalz	19
16. Flugplatz Weiden–Latsch (EDQW).....	19
Kurz und knapp	20
Schlusswort	20
Notizen	21
Social Media Kanäle	22
Impressum.....	23



Präambel

Dieses Programm zeigt, was wir in Stadt-, Kreis- und Gemeinderäten konkret anstoßen, korrigieren und verbessern können.

Wir machen keine unrealistischen Versprechen. Wir setzen stattdessen auf konkrete Anträge, Anfragen, Akteneinsicht, Transparenz, öffentliche Debatte und Zusammenarbeit mit Bürgern und Verbänden.

Unsere Leitlinien sind:

- Transparenz
- solide Finanzen
- Ordnung

Darüber hinaus: Sauberkeit, leistungsfähige Infrastruktur, eine bürgerfreundliche Verwaltung, Schutz von Eigentum und Lebensqualität sowie Transparenz bei großen Projekten und Beteiligungen.

Wir werden die Bürger transparent über Inhalte, Maßnahmen und Ausgaben informieren.

So arbeiten wir als Opposition

Kommunalpolitik ist Handwerk: fragen, prüfen, rechnen, entscheiden – und die Verwaltung an Ergebnissen messen.

Maßnahmen:

- Anträge, Änderungsanträge und Anfragen systematisch einsetzen; Akteneinsicht nutzen, wo es Aufklärung braucht.
- Öffentliche Berichtspunkte in Ausschüssen beantragen: Kosten, Zeitpläne, Risiken, Verantwortlichkeiten.
- Belastbare Zahlen und Varianten vorlegen – inklusive Folgekosten, Betriebskosten und Risikoaufschlägen.
- Regelmäßige, verständliche Bürgerinformation über Beschlüsse, Kosten und Folgen kommunaler Entscheidungen.

Unsere Hauptaufgaben als Opposition sind:

- **Verwaltung und (Ober-)Bürgermeister/Landrat kontrollieren:**
Beschlussvorlagen, Vollzug, Ermessensentscheidungen, Vergaben, Personal.
- **Haushalt und Finanzen prüfen:**
Haushaltssatzung, Nachträge, Investitionsprogramm, Kreditaufnahme, Rücklagen, Gebühren/Abgaben
- **Vergabe- und Beschaffungsentscheidungen begleiten:**
Wirtschaftlichkeit, Wettbewerb, Transparenz, Rechtskonformität, Dokumentation.
- **Beteiligungen/kommunale Unternehmen überwachen:**
Stadtwerke, Wohnungsbaugesellschaft, Kliniken, Zweckverbände (Berichte, Ziele, Risiken).
- **Bau- und Planungspolitik kontrollieren:**
Bebauungspläne, Flächennutzungsplan, städtebauliche Verträge, Umlegungen, Großprojekte.
- **Satzungen und Ortsrecht prüfen:**
Rechtmäßigkeit, Vollzugsfolgen, Belastung für Bürger und Wirtschaft (z. B. Gebühren, Sondernutzung).
- **Ausschussarbeit professionell nutzen:**
Detailprüfung, Sachverständige, Berichtsaufträge, Akteneinsicht (je nach Recht), Protokollklarheit.
- **Anträge und Änderungsanträge stellen:**
Konkrete Alternativen, Sparvorschläge, Prioritätenverschiebungen, Prüfaufträge.
- **Kontrolle des Vollzugs:**
Nachkontrolle, ob Beschlüsse umgesetzt werden; Fristen, Zuständigkeiten, Kostenentwicklung abfragen.
- **Bürgeranliegen einbringen:**
Bürgersprechstunden, Eingaben, Petitionen, Einwohnerfragestunden; Rückkopplung.
- **Kosten- und Terminrisiken früh markieren:**
Projektkontrolle einfordern (Meilensteine, Kostenrahmen, Risiko-Register).
- **Interkommunale Kooperation kritisch begleiten:**
Zweckverbände, Kreisumlagen, Zusammenarbeit mit Nachbarkommunen (Nutzen/Nachteile).
- **Kreisspezifisch:**
Kontrolle von Landratsamt, Kliniken, ÖPNV, Schulen, Jugend/Soziales, Abfallwirtschaft, Katastrophenschutz – vor allem über Haushalts- und Ausschussrechte.
- **Kommunikation vor Ort:**
Entscheidungen verständlich machen, Lokalmedien bedienen, Beschlüsse „übersetzen“, Verantwortlichkeiten benennen.

1. Finanzen und Abgaben

- 1.1** Als Opposition können wir keine Steuern festsetzen. Wir können uns aber dafür einsetzen Erhöhungen zu verhindern, indem wir Gegenanträge stellen, sparsame Alternativen aufzeigen und Mehrheiten dafür suchen.
- 1.2** Abgaben sollen stabil bleiben. Wir setzen uns für Ausgabendisziplin, Prüfung freiwilliger Leistungen und das Vermeiden von Doppelstrukturen ein. Ein kurzer Haushaltsbericht erklärt die wichtigsten Zahlen, Risiken und Großprojekte. Für Wasser und Abwasser erwarten wir eine verständliche Kostenübersicht. Ausgaben müssen nach Priorität erfolgen. Weniger wichtige Ausgaben müssen vermieden, bzw. zurückgestellt werden. Wir setzen uns für einen sparsamen Haushalt mit Blick auf die wichtigsten Brennpunkte ein.
- 1.3** Wir werden jeder Erhöhung der Grundsteuer widersprechen, solange es verantwortbare Einsparungen oder Umschichtungen gibt. Wir legen dazu Alternativvorschläge zum Haushalt vor, der Pflichtausgaben schützt und freiwillige Leistungen kritisch prüft.
- 1.4** Wir beantragen einen öffentlichen, leicht lesbaren Haushaltsbericht, der die wichtigsten Zahlen in wenigen Seiten darstellt. Wenn die Mehrheit dies ablehnt, veröffentlichen wir eine eigene, verständliche Kurzfassung für die Bürger.
- 1.5** Wir verlangen eine vollständige Kostenaufschlüsselung der Gebührenbereiche Wasser und Abwasser. Wir beantragen, dass die Verwaltung die wesentlichen Kostenblöcke erklärt und mögliche Einsparungen benennt. Wir stimmen Gebührenanpassungen nur zu, wenn die Kalkulation nachvollziehbar ist und Einsparpotenziale geprüft wurden.
- 1.6** Wir lehnen die kommunale Mitfinanzierung eines ideologisch motivierten Gesellschaftsumbaus grundsätzlich ab, wie er sich im Umgang mit den Fragen von Asyl und Migration, Genderpolitik, Energiewende, sowie Verkehrswende zeigt. Als freiheitlich patriotische Kraft stehen wir für eine Politik der kommunalen Selbstbestimmung. Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass Gemeinden nicht länger durch staatliche Vorgaben zur Finanzierung solcher Maßnahmen gezwungen werden.

- 1.7** Wir stehen für Sparsamkeit und Pragmatismus bei kommunalen Ausgaben und sind für sinnvolle Innovationen offen. Bei allen Bauvorhaben sind die langfristigen Kosten für Betrieb und Erhalt zu berücksichtigen. Renovierung und Erhalt von Bestandsgebäuden sollten, wenn es wirtschaftlich sinnvoll ist, die Regel vor einem Neubau von Gebäuden sein. Wir fordern eine präzise wirtschaftliche Prüfung bei energetischen Sanierungen von kommunalen Gebäuden.
- 1.8** Wenn die Stadtverwaltung einen oder mehrere Klimaschutzbeauftragte beschäftigt, müssen Kosten, Nutzen, konkrete Aufgaben und klare Ziele offen benannt und regelmäßig überprüft werden. Diese Informationen sollen unaufgefordert und öffentlich auf der jeweiligen Stadt-, Kreis- oder Gemeindeinternetseite veröffentlicht werden.



2. Stadtwerke, Energie und Wasser

- 2.1** Die Stadtwerke sollen verlässlich und bezahlbar versorgen. Als Opposition beantragen wir einen jährlichen Bericht zu Beschaffung, Risiken und großen Investitionen. Wir fordern eine klare Darstellung der Preisbestandteile.
- 2.2** Bei Vorhaben wie Thermenwelt oder Eisstadion beantragen wir eine Entscheidungsvorlage mit Variantenvergleich, der Nutzen, Kosten, Energiebedarf und Risiken offen darstellt. Wir stimmen der teuersten Variante nicht zu, wenn eine günstigere Lösung denselben Zweck erfüllt.
- 2.3** Wir werden darauf achten, dass Kostenvoranschläge eingehalten werden und diese nicht ins Uferlose steigen.
- 2.4** Wir wollen Menschen, Tiere und Umwelt vor Windkraftanlagen schützen.
- 2.5** Die EEG-Kosten werden weiterhin von den Bürgern getragen – heute überwiegend über Steuern und Umlagen. Wir verlangen Transparenz über die tatsächlichen Gesamtkosten und Folgekosten. Windkraft greift in Landschaft, Artenschutz und Eigentumsrechte ein; deshalb setzen wir uns für strenge Prüfungen, Mindestabstände und den Schutz von Mensch, Natur und Heimatbild ein.
- 2.6** Die AfD setzt sich für den Schutz von Bürgern, Wirtschaft und Umwelt ein. Deshalb stehen wir für eine restriktive Auslegung der Gesetze und Schutzvorschriften. Wir setzen uns nach Möglichkeit dafür ein, dass keine Genehmigungen für Windkraftanlagen erteilt werden.
- 2.7** Wir lehnen jede Privatisierung der Wasserversorgung ab.

3. Innenstadt, Leerstand und Einzelhandel

- 3.1** Die Innenstadt leidet unter Leerstand und abnehmender Kaufkraft. Als Opposition können wir Anträge stellen, die die Belebung fördern und Hürden abbauen.
- 3.2** Leerstände sollen verringert und Nutzungen erleichtert werden. Wir setzen uns für ein öffentliches Leerstandsverzeichnis ein, soweit Datenschutz und Eigentumsrechte dies zulassen. Zwischennutzungen sollen unbürokratisch möglich sein. Kurzzeitstellplätze, Lieferzonen und ein Park-Leitsystem sichern Erreichbarkeit.
- 3.3** Wir werden uns dafür einsetzen, dass Betreiber von Lokalitäten in der Innenstadt nicht gegängelt werden, z. B. durch sukzessiven Rückbau von Außeneinrichtungen.
- 3.4** Wir prüfen alternative Verwendungen der Ladengeschäfte und erstellen Konzepte dazu.
- 3.5** Wir beantragen ein modernes Parkkonzept mit Kurzzeitstellplätzen in guter Lage, günstigen Abendtarifen. Wir regen an, Lieferzonen so zu planen, dass der Handel sinnvoll arbeiten kann.
- 3.6** Wir setzen uns dafür ein, den Wochenmarkt zu stärken. Wir beantragen Marktzeiten, die auch berufstätigen Bürgern gerecht werden, und prüfen zusätzliche Markttage oder Abendmärkte. Wir fordern eine klare Ordnung, die Lärm und Müll verhindert und die Nachbarschaft schützt.

4. Wohnen und Wohnraummobilisierung

- 4.1** Als Opposition beschleunigen wir keine Bauvorhaben allein, aber wir können Verfahren vereinfachen helfen. Wir beantragen standardisierte Bebauungspläne, digitale Abläufe und Fristen, damit Anträge nicht liegen bleiben.
- 4.2** Wir schlagen vor, leerstehende Gebäude zu Wohnungen umzunutzen, wenn Statik und Brandschutz es zulassen. Wir regen an, oberhalb von Läden wieder Wohnungen zu schaffen und bei Stellplätzen vernünftige Lösungen vorzusehen.
- 4.3** Wir beantragen ein Beratungsangebot für Eigentümer, die Altbauten sanieren wollen. Dieses Angebot soll Bauordnung, Denkmalschutz und Energiefragen verständlich zusammenführen.
- 4.4** Wir fordern, dass die Stadt zweckentfremdeten Wohnraum erfasst und rechtlich zulässige Schritte unternimmt, um Wohnungen wieder auf den Markt zu bringen.
- 4.5** Wir halten fest: Wer ausreisepflichtig ist, muss nach geltendem Recht ausreisen. Die konsequente Rückführung entlastet die kommunalen Unterkünfte und macht Kapazitäten für Wohnungssuchende frei. Wir beantragen, dass die Stadt hierzu regelmäßig Zahlen vorlegt und Zuständigkeiten klar benennt.
- 4.6** Bei der Wohnungsvergabe haben Einheimische oft das Nachsehen, weil Sozialämter für Asylbewerber die Miete regelmäßig übernehmen – teils auch zu hohen Sätzen. Das drückt vor allem junge Familien mit normalem Einkommen aus dem Markt. Das wollen wir ändern. Wir beantragen Berichte über belegte Wohnungen, Mietkosten und Ausgaben der öffentlichen Hand. Ziel ist, Verdrängungseffekte zu vermeiden und insbesondere jungen Familien und Normalverdienern wieder Zugang zu bezahlbarem Wohnraum zu ermöglichen.

4.7 Für Einheimische mit durchschnittlichem Verdienst ist bezahlbarer Wohnraum oder günstiges Bauland vielerorts kaum noch erreichbar. Mit einem rechtssicheren Einheimischenmodell nach transparenten Kriterien wollen wir weniger begüterte Ortsansässige, besonders junge Familien, beim Erwerb von Wohnraum in ihrer Heimat gezielt unterstützen.

4.8 So wirken wir der Abwanderung, der Wohnraumverdrängung und dem Verlust des sozialen Zusammenhalts entgegen. Ein vergleichbares Modell soll auch für Sozialwohnungen umgesetzt werden.



5. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit

- 5.1** Wir nehmen Straftaten wie Messerangriffe, sexuelle Übergriffe und Raub sehr ernst, daher setzen wir uns für einen kommunalen Ordnungsdienst mit Schwerpunkteinsätzen am Abend und am Wochenende ein. Wir fordern Präsenz an bekannten Brennpunkten und eine enge Abstimmung mit der Polizei ein.
- 5.2** Wir beantragen Schwerpunktreinigungen in der Innenstadt und an Erholungsflächen. Wir fordern, dass der Bauhof Schäden an Bänken, Beleuchtung und Spielgeräten zeitnah behebt. Diese Maßnahmen verbessern das Stadtbild.
- 5.3** Wir setzen uns für den Schutz von Schulkindern ein. Das Phänomen der Gewaltausübung unter Jugendlichen sowohl physischer als auch psychischer Art will die AfD in Schulen in kommunaler Trägerschaft schnell und systematisch erfassen. Wir setzen uns für sichere Schulen ein. Gewaltvorfälle müssen konsequent dokumentiert, aufgearbeitet und an die zuständigen Stellen gemeldet werden. Wir fordern klare Hausordnungen, wirksame Maßnahmen bis hin zu Ordnungsmaßnahmen sowie eine enge Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe und Polizei. Schule und Kindergarten sollten Orte der Sicherheit für Kinder sein; dies wollen wir wiederherstellen.
- 5.4** Unsere Feuerwehren sind unverzichtbar für Sicherheit und für das Gemeindeleben. Damit sie ihren Auftrag „Retten – Löschen – Bergen – Schützen“ auch künftig erfüllen können, braucht es vorausschauende Planung.
- 5.5** Wir setzen uns für einen langfristigen Geräte- und Fahrzeugbeschaffungsplan ein, der Fördermittel und Haushaltsmittel sinnvoll bündelt. Moderne Wachen, gute Ausstattung und regelmäßige Ausbildung erhöhen die Einsatzfähigkeit und helfen, Nachwuchs zu gewinnen.
- 5.6** Das Ehrenamt verdient echte Wertschätzung: Wir unterstützen die Feuerwehrearbeit verlässlich und solide finanziert, ohne die Kommune zu überfordern.

6. Migration, Unterbringung und Integration

- 6.1** Viele Städte und Gemeinden tragen die Hauptlast der Zuwanderung. Unterbringung, Betreuung und Verwaltung stoßen an Grenzen. Wohnraum wird knapper, Konflikte nehmen zu, das Sicherheitsgefühl leidet. Auch kommunale Spitzenverbände haben die Überforderung deutlich benannt. Insbesondere der Deutsche Landkreis-Tag (DLT) mit seinem Positionspapier zur "Migrationswende" vom 03. Sept. 2024, dem wir ausdrücklich zustimmen.
- 6.2** Wir setzen uns dafür ein, dass kommunale Leistungen rechtssicher und maßvoll erbracht werden. Wir beantragen eine öffentliche Übersicht der kommunalen Kosten und Kapazitäten.
- 6.3** Wir beantragen, dass Sporthallen und Schulräume grundsätzlich nicht als Unterkünfte genutzt werden. Falls das Land eine Belegung anordnet, verlangen wir frühzeitige Information, klare Fristen und Ersatzangebote für Vereine.
- 6.4** Wenn Kapazitäten erschöpft sind, müssen Kommunen weitere Aufnahmen ablehnen können. Bei klarer Überlastung braucht es temporäre Maßnahmen, damit Unterbringung, Schule, Gesundheit und Sicherheit nicht weiter beeinträchtigt werden.
- 6.5** Wir halten fest, dass die Stadt konsequent auf die Ausreise ausreisepflichtiger Personen hinwirkt. Wir beantragen regelmäßige Berichte über Zahlen, Verfahren und Hürden.
- 6.6** Arbeitsfähige Asylbewerber sollen häufiger zu gemeinnütziger Arbeit herangezogen werden, wie es rechtlich vorgesehen ist. Das schafft Struktur, hilft vor Ort und ist eine angemessene Gegenleistung für Unterkunft und Leistungen.



7. Verkehr, Parken und öffentlicher Nahverkehr

- 7.1** Wir möchten, dass die Innenstadt erreichbar bleibt und Wege sicher sind. Wir beantragen die Modernisierung der Parkhäuser, klare Beschilderung und sichere Abstellanlagen für Fahrräder.
- 7.2** Wir verlangen eine Überprüfung des Busnetzes. Wir beantragen, dass Linien dort fahren, wo sie gebraucht werden, und dass in schwachen Zeiten Rufbusse eingesetzt werden. Wir fordern einen Vertrag mit messbaren Kennzahlen: Pünktlichkeit, Auslastung, Kosten je Fahrgast und Beschwerden.
- 7.3** Wir setzen uns für wirksamen Lärmschutz an großen Straßen ein. Wir beantragen, dass die Stadt gegenüber Land und Bund konkrete Maßnahmen einfordert und den Fortschritt dokumentiert.
- 7.4** Wir setzen uns dafür ein, dass der weggefallene Pendlerparkplatz an der A93 bei der Kaserne ersetzt wird – am besten im Bereich der Autobahnanschlussstelle Frauenricht.
- 7.5** Wir beantragen, dass gefährliche Stellen für Radfahrer geschlossen werden. Wir unterstützen Radwege, die Sicherheit bringen, und lehnen Projekte ab, die Stellplätze ohne Not vernichten.
- 7.6** Individuelle Mobilität bleibt wichtig. Wir lehnen ideologische Angriffe auf das Auto ab und spielen Verkehrsträger nicht gegeneinander aus. Dafür braucht es ausreichend Parkplätze in Orts- und Stadtzentren sowie an Bahnhöfen, ergänzt durch günstige Kurzzeitparkplätze. Eine gute Anbindung des ländlichen Raums an Fernstraßen und Zentren sichert Lebensqualität und macht Wohnen auf dem Land attraktiv.

8. Digitalisierung und bürgerfreundliche Verwaltung

- 8.1** Wir beantragen, dass möglichst viele Leistungen der Stadt online angeboten werden. Wir verlangen klare Bearbeitungsfristen und eine Benennung des zuständigen Sachgebiets.
- 8.2** Bei der Digitalisierung beachten wir, dass Menschen, die nicht online sein wollen oder können, keine Nachteile erleiden.
- 8.3** Wir fordern eine Übersichtsseite, auf der Haushalt, Beteiligungen, Bauanträge und Verkehrsdaten in einfacher Form abgerufen werden können. Wenn dies abgelehnt wird, veröffentlichen wir eigene, laienverständliche Zusammenfassungen.
- 8.4** Wir stärken Bürgerrechte und Datenschutz. Wo Datenweitergaben rechtlich zulässig sind, sollen Bürger transparent informiert werden; freiwillige Weitergaben sollen – soweit möglich – an eine ausdrückliche Zustimmung gebunden werden.



9. Bildung, Kindertagesstätten und Jugend

- 9.1** Wir beantragen eine Bedarfsplanung bis 2032, die Plätze, Personal und Räume realistisch ausweist. Wir verlangen, dass Engpässe früh erkannt und dem Stadtrat gemeldet werden.
- 9.2** Wir fordern, Schulgebäude nach einem festen Katalog zu sanieren, der für Licht, Luft und Lärm klare Standards vorgibt. Wir beantragen modulare Erweiterungen, wenn ein Neubau Jahre dauern würde.
- 9.3** Wir setzen uns dafür ein, dass Jugendliche unkompliziert Zugang zu Hallen und Plätzen erhalten. Wir beantragen feste Abendzeiten für Sport und Freizeit, die verwaltungsarm vergeben werden.
- 9.4** Wir setzen uns dafür ein, dass an den Schulen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit Schüler mit körperlichen Einschränkungen am Regelunterricht teilnehmen können. Wir setzen uns für den Fortbestand und die Weiterentwicklung der Förderschulen ein, damit alle Kinder die bestmögliche Förderung erhalten.
- 9.5** Wir wirken darauf hin, dass die Schulen entpolitisiert und wieder primär zu Orten der Bildung und des Wissenserwerbs werden. Grundlage für die politische Bildung bleibt der „Beutelsbacher Konsens“. Schulen müssen Orte der Bildung sein, nicht der politischen Einflussnahme. Politische Themen dürfen kontrovers und sachlich diskutiert werden. Nicht überwältigen, nicht beeinflussen, kontrovers darstellen, zum eigenen Urteil befähigen.

10. Kultur, Sport und ein lebendiges Zentrum

- 10.1** Wir beantragen Veranstaltungen, die die Innenstadt beleben, ohne die Nachtruhe der Anwohner zu stören. Wir verlangen klare Regeln für Lärm, Müll und Zeiten.
- 10.2** Wir fordern, dass große Kultur- und Freizeiteinrichtungen nur dann ausgebaut werden, wenn Nutzen, Kosten, Folgekosten, Betriebskosten und Folgewirkungen offen auf dem Tisch liegen.
- 10.3** Wie es in anderen Ländern üblich ist, wollen wir durchsetzen, dass an öffentlichen Gebäuden und Liegenschaften unserer Städte und Gemeinden regionale Fahnen wie die Stadt- bzw. Gemeindefahne sowie die Bayern- und die Deutschlandfahne sichtbar gehisst werden. Alle ideologischen Fahnen wie z. B. Regenbogenfahnen und eine dauerhafte Beflaggung mit Fahnen anderer Nationen lehnen wir dagegen ab.

11. Umwelt, Stadtgrün und Hochwasserschutz

- 11.1** Wir beantragen ein aktuelles Baumverzeichnis, sowie die Auswahl robuster Arten und Pläne für Bewässerung in Hitzezeiten.
- 11.2** Wir regen an, Entsiegelung in Sanierungsgebieten zu fördern, wenn dadurch Grünflächen oder Versickerungsflächen entstehen.
- 11.3** Wir verlangen, dass in gefährdeten Bereichen nur nach strenger Prüfung gebaut wird und dass der Hochwasserschutz mit Land und Bund abgestimmt wird.



12. Stadtentwicklung und geordnete Baustellen

- 12.1 Wir beantragen, Gestaltungssatzungen zu vereinfachen und den Denkmalschutz praxistauglich anzuwenden.
- 12.2 Wir fordern, Leitungsarbeiten zu bündeln, damit nicht mehrfach auf derselben Straße gegraben wird. Wir verlangen Fristen und Vertragsstrafen, wenn Firmen ohne triftigen Grund überziehen.
- 12.3 Wir prüfen weiterhin den Bedarf für die Ausweisung und Erweiterung von Industrie- und Gewerbegebieten und verfolgen dabei auch interkommunale Lösungen (stadt- und gemeindeübergreifend), um Flächen effizient zu nutzen, Infrastrukturkosten zu teilen und regionale Wertschöpfung zu stärken.

13. Ehrenamt, Feuerwehr, Technisches Hilfswerk und Vereine

- 13.1 Wir beantragen eine digitale Antragstellung mit klaren Fristen. Wir verlangen, dass über Förderanträge binnen 30 Tagen entschieden wird.
- 13.2 Wir setzen uns für schnelle Beschaffung bei Feuerwehr und Technischem Hilfswerk ein. Wir beantragen Rahmenverträge, die Wartezeiten verkürzen.
- 13.3 Wir schlagen eine Förderrichtlinie vor, die die Jugendarbeit besonders berücksichtigt.

14. Transparenz und Beteiligung

- 14.1 Wir beantragen, dass Stadtratssitzungen (öffentlicher Teil) im Internet übertragen werden. Wir verlangen, dass Protokolle innerhalb von fünf Werktagen veröffentlicht werden.
- 14.2 Wir fordern für jedes große Projekt einen kurzen Steckbrief mit Zweck, Zeitplan, Kosten, Risiken und Nutzen. Wir beantragen eine jährliche Übersichtsseite über Beteiligungen und große Verträge.

15. Kliniken Nordoberpfalz

- 15.1 Wir setzen uns für transparente Berichte zu Leistungen, Qualität, Kosten und Investitionen ein. Der Standort Weiden soll Notfallversorgung und planbare Leistungen zuverlässig anbieten. Kooperationen mit der Hochschule stärken Personalgewinnung und Qualität.
- 15.2 Wir setzen uns auf allen politischen Ebenen dafür ein, dass die medizinische Versorgung in unserer Region gesichert und bedarfsgerecht ausgebaut wird. Dazu gehören der Erhalt bestehender Standorte und Leistungsangebote, die Vermeidung weiterer Schließungen oder Leistungsreduzierungen sowie die Stärkung von Notfallversorgung, Facharztangebot und wohnortnaher Grundversorgung.

16. Flugplatz Weiden-Latsch (EDQW)

- 16.1 Betrieb und Kosten sollen offen dargestellt, der Nutzen regelmäßig bewertet und – wo möglich – Drittmittel und Kooperationen genutzt werden. Verlässliche Öffnungszeiten und klare Informationen für Nutzer schaffen Planbarkeit.



Kurz und knapp:

Wir machen mögliche Missstände öffentlich.

Wir achten darauf, dass Steuergelder nicht verschwendet werden.

Wir achten auf einen vernünftigen, nachhaltigen und sparsamen Haushalt.

Wir setzen uns für den Erhalt von Krankenhäusern ein.

Wir setzen uns für zuverlässigen ÖPNV ein.

Wir bringen Sauberkeit und Ordnung voran.

Wir setzen uns für eine öffentliche Übertragung von Sitzungen der kommunalen Gremien ein.

Wir setzen uns für die Sanierung maroder Schulgebäude, für eine zeitgemäße Ausstattung und für eine bedarfsgerechte Infrastruktur ein.

Wir setzen uns gegen den Bau von Windkraftanlagen ein.

Schlusswort

Eine Opposition kann nicht alles beschließen. Sie kann aber einiges bewegen, wenn sie hartnäckig nachfragt, klare Alternativen vorlegt, die Öffentlichkeit informiert und bürgernahe Lösungen unterstützt. Dieses Programm setzt genau darauf: auf saubere Verfahren, offene Zahlen, vernünftige Prioritäten und verlässliche Entscheidungen.

Geben Sie uns Ihre Stimme, damit wir Ihnen eine Stimme im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreisrat geben können.

Notizen:

This image shows a blank sheet of white paper with horizontal blue ruling lines. The lines are evenly spaced and run across the width of the page. There are no margins, text, or other markings on the paper.

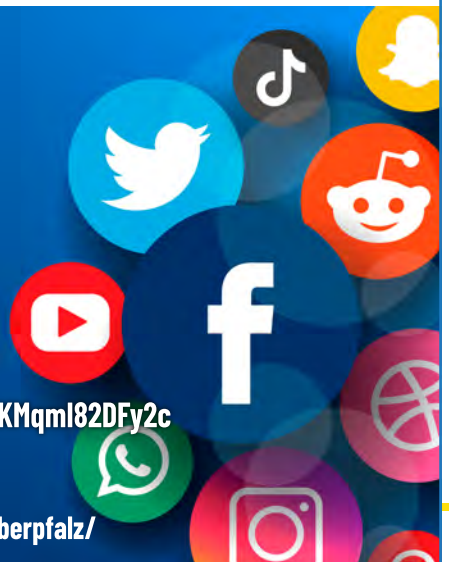
police officer has resigned officer at the L
 takes over for Jerry Manuel, who was fired along
 the greatest gateway
 other major look at
 majority of voters identify ones their Tuesday
 to be reported
 suspect of the shooting killed 10
 shooting the 2000 election
 the 2000 election
 that they should launch his race
 lobby for war in the state was
 has actually lost
 REPORTING FROM
 BUREAU, TEHRAN
 the CIA's Central Command, a U.S.

>> Er weiß nur, was in der Zeitung steht...

ÖFFENTLICH. EHRlich. UNVERBINDlich.



https://www.instagram.com/afd_weiden_in_der_oberpfalz/



Lieber Wähler,

am 08. März hast Du die Möglichkeit, bei der Kommunalwahl mit Deiner Stimme die Zukunft Deiner Stadt und Deiner Gemeinde aktiv mitzugestalten.

Es ist DEINE Stadt – DEINE Heimat. Du entscheidest, in welche Richtung sie sich entwickelt. Lass nicht andere über Dein Leben bestimmen – nutze Deine Chance und mach den Unterschied!

Wir als AfD kennen die Probleme vor Ort und wir stehen für echte Veränderungen in Bayern – Veränderungen, die Dir und Deiner Heimat zugutekommen.

Unterstützt uns mit einer Spende

Alternative für Deutschland
Kreisverband Weiden-Neustadt-Tirschenreuth
Christian-Seltmann-Straße 21, 92637 Weiden
Volksbank Raiffeisenbank Nordoberpfalz eG
IBAN: DE33 7539 0000 0000 1125 50
BIC: GENO DEF1 WEV

Verwendungszweck: Spende
Alternativ ist es auch möglich Geld auf unser
PayPal-Konto anzuweisen:
schatzmeister.weiden@afdbayern.de

www.afdbayern.de • info@afdbayern.de

Werdet Mitglied:
<https://mitmachen.afd.de/>

Impressum

Herausgeber: AfD-Kreisverband Weiden – Neustadt a. d. Waldnaab – Tirschenreuth
V. i. S. d. P.: AfD-Kreisverband Weiden – Neustadt a. d. Waldnaab – Tirschenreuth
Christian-Seltmann-Straße 21, 92637 Weiden i. d. OPf.

Kontakt:

E-Mail: info@afd-weiden.de

Telefon: 0961 / 40 17 56 93

Web: www.afd-weiden.de

Hinweis: Diese Broschüre fasst kommunalpolitische Ziele zusammen
und dient der politischen Information und Wahlwerbung.

Politische Werbung gemäß EU-Verordnung 2024/900 www.afd-weiden.de/transparenz



QR: AfD WEN-NEW-TIR

HEIMAT SCHÜTZEN. ZUKUNFT SICHERN.

Kommunalwahl 2026

Weiden • Neustadt • Tirschenreuth

Programm. Klartext. Kontrolle.

KLARE KANTE

FÜR UNSERE KOMMUNEN



Afd

**KREISVERBAND
WEN-NEW-TIR**

